

Aussenpolitische Herausforderungen

Gastvortrag von Ständerat René Rhinow, gehalten anlässlich des Tages der Öffentlichkeit des Instituts Straumann AG, Waldenburg, am 24. September 1993.

Nach dem 6. Dezember 1992, dem Nein von Volk und Ständen zum EWR-Beitritt, ist in unserem Land zunächst eine eigenartige Ruhe an der aussenpolitischen Front eingeleitet. So macht es zumindest den Anschein. Gegner des EWR betonen, es sei der Volkswille zu beachten, und der laute, das Thema "Europäische Integration" sei nun endgültig vom Tisch. Die Befürworter einer Beteiligung der Schweiz an der Integration halten sich mehrheitlich still, vorläufig jedenfalls. Einzig die Anhänger zweier entgegengesetzter Volksinitiativen, derjenigen der Lega ticinesi und derjenigen der jungen "né le 7 décembre" durchbrechen die eingeleitete Friedhofruhe.

Doch dieser Anschein trügt. Die Schweiz ist heute aussenpolitisch an verschiedenen Fronten aktiv und herausgefordert. Ich möchte im folgenden auf einige dieser Aktionsfelder eingehen. Doch schwergewichtig gehe ich vorerst der Frage nach, warum denn die Integration für die Schweiz ein Thema bleibt, ja zu einer eigentlichen Schicksalsfrage geworden ist.

* * *

Wer die Frage nach der Zukunft stellt, kommt nicht darum herum, die Geschichte zu konsultieren.

Ohne Verständnis für das Gewachsene und Entstandene, ohne unseren Willen um eine realistische Sicht der heutigen Probleme, sind wir auch nicht in der Lage, nach vorne zu blicken und die Zukunft zu meistern.

Was können wir - auch als Angehörige unserer Region und unseres Baselbiets - aus der Geschichte lernen? Ich möchte 3 Aspekte näher beleuchten, welche die Relativität von Staatlichkeit, Unabhängigkeit und Selbständigkeit von Nationalstaaten betreffen.

Zum ersten: Wir Menschen leben nicht nur für uns allein und in Kleingruppen. Wir brauchen ein Gemeinwesen, eine öffentliche, kollektive Organisation, die öffentliche Hand, den Staat. Die öffentliche Hand begegnet uns in der Geschichte in unterschiedlichen Formen. Heute leben wir in der Schweiz in einer Gemeinde, im Kanton und im Bund.

Wir sind vor allem aus 2 Gründen auf ein Gemeinwesen angewiesen. Einmal, weil dieses Gemeinwesen für uns und - in der Demokratie - mit uns Probleme lösen soll, Probleme, die wir allein oder in den Kleingruppen nicht zu meistern vermögen. Früher war dieser Staat vor allem eine Organisation, welche die Freiheit zu schützen und für die äussere wie innere Sicherheit zu sorgen hatte. Heute übergeben wir dem Gemeinwesen zusätzliche grosse und vielfältige Verantwortungen für unser Dasein. Wir sprechen denn auch von einem Sozial- und einem Dienstleistungsstaat und erfahren nicht nur die Wohltat der öffentlichen Vor- und Fürsorge, sondern auch - auf immer deutlichere Weise - die Schwierigkeiten, die Grenzen und die wachsenden Nachteile der unterschüttlich fortschreitenden Expansion der öffentlichen Hand.

Der öffentliche Problemlösungsbedarf ist aber nur ein Grund dafür, warum wir das Gemeinwesen brauchen. Der andere Grund besteht darin, dass wir in einer Gemeinschaft aufgehoben sind, weil sie uns Halt und Geborgenheit vermittelt. Wir alle möchten an einem Ort zu Hause, in helvetischem Sprachgebrauch «daheim» sein. Dort wo wir «daheim» sind, dort ist unsere Heimat. Heimat ist, nach einem Wort von Willi Ritschard, dort «wo wir keine Angst haben müssen».

Im Idealfall würde das Gemeinwesen, welches unsere öffentlichen Probleme lösen kann, und das Gemeinwesen, welches uns Heimatgefühl vermittelt, zusammenfallen. Die Geschichte zeigt jedoch, dass dies schon lange nicht mehr der Fall ist.

Gerade wir Schweizer und Schweizerinnen hängen an unseren kleinen, kleinräumigen Einheiten. Wir misstrauen den grossen Räumen, den grossen Mächten, weil sie unübersichtlich sind, weil sie uns bedrohlich erscheinen. Grosse Räume weisen grosse Distanzen auf. Distanzen aber vermitteln keine Geborgenheit.

Nur im überschaubaren Rahmen,

- dort, wo wir Menschen uns begegnen können, wo wir leben und uns erleben, wo wir uns auch dulden und erdulden (müssen),
- dort, wo die Solidarität nicht nur gepredigt, sondern tätig ausgeübt werden kann,
- dort, wo Verantwortung noch eine unmittelbar menschliche und mitmenschliche Dimension entfaltet,

dort ist unsere Heimat.

Und dieser kleine Raum ist in erster Linie die Gemeinde, aber auch die Region, unsere Region Oberrhein, die regio basiliensis.

Auf der anderen Seite erleben wir seit mehreren Jahrzehnten, dass durch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung die kleinen Einheiten immer weniger in der

Lage sind, allein Freiheit und soziale Sicherheit zu gewährleisten, die grossen und wichtigen Probleme unsere Zeit zu lösen.

Dazu 2 Beispiele:

- Vor langer Zeit konnte sich die Stadt Basel selbst verteidigen. Im 19. Jahrhundert aber hat man das Heerwesen zentralisiert und weitgehend dem Bund übertragen. Heute stossen wir nicht nur an die Grenzen der autonomen Verteidigungsfähigkeit von Nationalstaaten, insbesondere von Kleinstaaten wie die Schweiz, sondern unsere Sicherheit kann, wenn überhaupt, immer mehr nur noch auf internationaler Ebene gewährleistet werden. Und wie weit weg wir von einem internationalen Schutz noch sind, zeigt der grässliche Krieg auf dem Balkan jeden Tag.
- 2. Beispiel: Früher war kollektiver Umweltschutz noch gar kein Problem. Erst um die Jahrhundertwende wurde er mit dem Schutz unserer Wälder zum öffentlichen Thema. Heute fangen wir endlich an zu realisieren, dass die grossen Gefahren für das Überleben der Menschheit, für ein menschenwürdiges Leben auch der nächsten Generationen wegen der Übernutzung und dem Missbrauch der begrenzten Ressourcen zur globalen Herausforderung und zur Verantwortung vor allem unserer westlichen Gesellschaft geworden ist.

Dies sind nur zwei Beispiele, die uns zeigen, dass wir nicht beides unter einen Hut bringen können - Heimat und Existenzsicherung im gleichen Gemeinwesen.

Trotzdem brauchen wir beides. Und die grosse Herausforderung in der Geschichte und für unsere Zukunft besteht darin, wie wir beides verbinden können.

In die aktuelle Sprache übersetzt heisst dies: Auf welcher Stufe sollen oder müssen welche unserer heutigen Probleme gelöst werden: auf der Ebene der Gemeinde, der Region, des Kantons, des Bundes, auf europäischer oder auf internationaler Ebene? Und wie wird diese Problemlösung auf internationaler Ebene organisiert - durch Verträge? Durch Institutionen? Durch gemeinsame Organe mit Entscheidungskompetenzen?

Wie können wir die Autonomie und die Eigenart der unteren Verbände bestmöglich wahren? Wie ihre Mitbestimmung im grösseren Verbund sicherstellen?

Auf einen Nenner gebracht: Wie bleibt unser Kanton und die Schweiz unsere Heimat, wenn mehr Aufgaben auf der höheren Ebene erfüllt werden müssen? Und wenn diese massvolle und kontrollierte Verlagerung von Aufgaben auf die höhere Ebene eine unabdingbare Vor-

aussetzung dafür darstellt, dass Heimat im engeren Verband, das "keine-Angst-habe-müssen", überhaupt noch realisierbar und erlebbar bleibt?

Etwas zweites lernen wir auch aus der Geschichte:

Auch Staatliche Verbände und Völker, Sprachgemeinschaften und kulturelle Einheiten decken sich in aller Regel nicht. Diese Erfahrung trifft heute auf eine erschreckende und brutale Aktualität.

Als im 19. Jahrhundert die Nationalstaaten entstanden, als die Grenzen auf unserem Kontinent teilweise auf dem Reissbrett gezogen wurden, glaubte man an die Einheit von Staat, Volk, Kultur und Sprache, teilweise auch der Religion.

Doch dieser Glaube war trügerisch, ja bildete eine wahre Katastrophe. Gewiss verdanken wir der Entwicklung zum Nationalstaat viel, wie gerade unsere eigene Geschichte im letzten Jahrhundert zeigt. Ich denke da vor allem an die Menschenrechte und die Demokratie.

Die übersteigerte Idee der Nationalstaaten hat aber auf der anderen Seite zu vielen Kriegen und in unserem Jahrhundert zu 2 Weltkriegen mit unsäglichem Leid für Millionen von Menschen geführt.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es innerhalb eines Staates und über die Staaten hinaus andere Verbindungen gibt, welche die Menschen zusammenhalten, welche ihnen ihre Identität vermitteln.

Die Schweiz war und ist keine Nation im eigentlichen Sinn. Sie war immer konfrontiert mit diesem Neben- und Übereinander von Staatlichkeit und Kultur- und Sprachgemeinschaften: innerhalb unseres Landes, aber vor allem auch im Verhältnis zu Deutschland, Frankreich und Italien.

Wir Allemannen fühlen uns in der Regio nicht nur mit unseren schweizerischen Nachbarn verbunden, sondern auch mit den Elsässern und Badensern. Wir fühlen auch eine besondere Nähe zu unseren welschen Miteidgenossen.

Weil sich Staaten und Volksgemeinschaften in aller Regel nicht decken, ist es grundfalsch, diese Einheit mit Zwang herbeizuführen zu versuchen. Im Gegenteil: Die Lösung und die Zukunft liegen auf der ganzen Welt in der Anerkennung unterschiedlicher Völker im gleichen Staat, in der Toleranz, im Schutz von Minderheiten. Das Gegenteil erfahren wir zur Zeit im Osten - er führt unweigerlich zu Bürgerkrieg.

Und schliesslich noch eine dritte historische Erkenntnis:

als Staatliche Grenzen und Wirtschaftsräume decken sich in aller Regel auch nicht. Dies ist vor der Entwicklung der Nationalstaatlichkeit, nämlich im Mittelalter und der frühen Neuzeit mit ihrem Freihandel, eine Selbstverständlichkeit gewesen. Mit der Industrialisierung ist auch der einzelstaatliche Protektionismus entstanden, und die europäische Wirtschaft ist in «Nationalökonomien» aufgeteilt worden.

Heute erleben wir wieder eine fortschreitende Auflösung der Nationalökonomien, die Schaffung von Wirtschaftsräumen auf europäischer Ebene und eine Wiederbelebung des globalen Freihandels im Rahmen des GATT.

Diese Entwicklung ist für die Schweiz von grösster Bedeutung, denn sie lebt zu einem grössten Teil von ihrer Aussenwirtschaft, vom Freihandel, vom Export von Gütern und Dienstleistungen.

Leider wissen viele Menschen bei uns nicht, wie sehr unsere kleineren und mittleren Unternehmungen, unser Gewerbe und unsere Landwirtschaft - und damit auch unser Wohlstand - direkt und indirekt von der Präsenz unserer Unternehmen auf den internationalen Märkten, vor allem in Europa, abhängig sind.

3 Lehren aus der Geschichte:

- Wir brauchen die kleine Gemeinschaft als vertraute Heimat und die grösseren staatlichen und internationalen Institutionen zur Sicherung unserer Existenz und für das Überleben der Menschheit. Wir brauchen Heimatliebe und europäische Integration.
- Staaten und Kultur- und Sprachgemeinschaften decken sich nicht, sie stehen auch oft in einem Spannungsverhältnis zueinander und bilden Ursachen von (manchmal gewaltsamen) Konflikten. Darum müssen wir in unserer Region über die Grenzen hinweg zu unserer gemeinsamen Geschichte und unserer kulturellen Verbundenheit stehen und sie pflegen.
- Staaten und Wirtschaftsräume decken sich, erst recht im Zeitalter der Globalisierung der Märkte und der rasanten Entwicklung von neuen Informationstechnologien, auch nicht. Gerade wir Schweizer und Angehörige dieser Region sind auf offene Märkte schicksalhaft angewiesen.

* * *

Welche Folgerungen sind aus diesen geschichtlichen Erkenntnissen für die Schweiz zu ziehen? Ich bin ganz entschieden der Meinung, mit dem knappen Nein des Volkes zum EWR sei das letzte Wort nicht gesprochen. Im Gegenteil: Europa ist nun einmal unser Schicksal gewesen und es wird in Zukunft erst recht unser Schicksal sein. Wir finden unseren Weg nicht, wenn wir Augen und Ohren zuhalten, in der Hoffnung, dass andere unsere Probleme lösen werden.

Wir brauchen nämlich Europa. Und Europa braucht uns. Und dies sowohl in politischer, kultureller, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht.

Nehmen wir zur Kenntnis, dass die Schweiz in Europa etwas zu bieten hat. Wir sind ein Europa im Kleinen, mit unserer Vielfalt, unserem Föderalismus, unserem Minderheitenschutz, unserem Neben- und Durcheinander von Sprachen, Kulturen und Konfessionen. Aber auch mit unserer politischen Kultur.

Europa braucht uns, und wir haben die historische Verpflichtung und Verantwortung, in dieser Phase mitzuwirken, nicht abseits zu stehen, Einfluss zu nehmen, zusammen mit anderen, und nicht vom Diwan herab abfällig das Geschehen um uns herum zu qualifizieren.

Wir haben das know how, welches dringend gefragt ist - aber es ist nur gefragt von dem, der bereit ist, mitverantwortlich am Bauwerk Europa Hand anzulegen.

Europa braucht uns, weil ein Europa ohne Anerkennung der Vielfalt der Sprachen und Kulturen, ohne Anerkennung der Eigenheiten und Sonderheiten der einzelnen Völker und Länder, ohne Schutz der Minderheiten keine Zukunft haben kann. Europa als zentralistischer Eintopf - eine Horrorvision, ja ein Widerspruch in sich selbst.

Europa braucht uns. Doch: Wir brauchen auch Europa, und dies existenziell. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell und aus Gründen der Sicherheit.

Kulturell, weil unsere Kulturen in der Schweiz Minderheitskulturen im Rahmen grösserer Kulturkreise darstellen, des deutschen, französischen und italienischen Kulturkreises. Wir haben die Chance, dass diese Kulturen bei uns zusammentreffen. Wir brauchen Europa, weil dieses Zusammentreffen nur dann eine Chance ist, wenn wir beides können: Ja sagen zum je eigenen Kulturkreis ausserhalb der Schweiz und zum anderen Kulturkreis in unserem Land. Das ist unsere grosse Chance, die wir aber nur zusammen mit unseren Nachbarn wahrnehmen können.

Wir brauchen Europa, und ich meine jetzt vor allem auch die EG, aus Gründen der Sicherheit. Das Europa der autonomen und selbstherrlichen Nationalstaaten hat uns grauenhafte

Kriege beschert. Vor allem zwischen den alten Rivalen Deutschland und Frankreich ist es in regelmässigen Abständen zu verheerenden Auseinandersetzungen gekommen.

Nur die Integration der Nationalstaaten in einem grösseren Ganzen, welche aber Vielfalt und Minderheiten zu schützen vermag, bietet uns eine reelle Chance, dass Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent gewahrt werden können.

Integration heisst nicht «Aufgehen in einem neuen Superstaat». Heisst schon gar nicht Grossmachtwahn. Integration heisst wechselseitige Bindung und Einbindung mit dem Ziel, dass die Motive und die Möglichkeiten zur autonomen Kriegsführung Stück für Stück verringert, ja beseitigt werden können. Und dieses Ziel ist für die Menschen auf unserem Kontinent, für uns und unsere Nachkommen, von existentieller Bedeutung.

* * *

Ich habe bis jetzt nicht von der wirtschaftlichen Seite der Integration gesprochen. Sie als Aktive unserer Volkswirtschaft mögen mir dies nachsehen. Ich verkenne keineswegs, dass die Integrationsfrage in erheblichem Ausmass eine wirtschaftliche Dimension aufweist. Aber eben nicht nur - und diese Mehrdimensionalität wollte ich herausstreichen.

Der Bundesrat hat unmittelbar nach dem 6. Dezember folgende Schlussfolgerung gezogen: Der Volksentscheid ist als Auftrag zu verstehen, alle Optionen offenzuhalten, wobei der "Alleingang" nicht als gangbarer, im Interesse des Landes liegender Weg zu betrachten ist. Insbesondere hat er im Februar dieses Jahres drei Optionen vorgestellt: den sog. Bilateralismus, den Beitritt zum EWR-Abkommen und den EG-Beitritt.

- Zuerst zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen zur EG und zu den EG-Ländern. Auf bilateralem Weg soll zumindest in einzelnen Bereichen eine Annäherung angestrebt werden. Über die wirkliche Verhandlungs- und Konzessionsbereitschaft der EG lassen sich momentan noch keine abschliessenden Angaben machen. Immerhin zeigt der jüngste Beschluss der EG-Kommission zweierlei: Auf der einen Seite ist die EG bereit, mit uns trotz dem EWR-Nein zu verhandeln. Sie lässt uns also nicht "links liegen".

Auf der anderen Seite geht die EG von anderen Vorstellungen aus als der Bundesrat. Dieser hatte 16 Verhandlungswünsche angemeldet, doch die EG will offenbar - zumindest vorläufig - nur über Teilbereiche verhandeln, und zwar im Sinne einer Paketlösung, in welcher Strassenverkehrs-, Luftverkehrs- und Personenverkehrsabkommen als untrennbare Einheit betrachtet werden sollen.

Was von der EWR-Abstimmung vorauszusehen war, trifft nun also ein: Der sog. Bilateralismus hat seinen Preis, und wir können nicht erwarten, dass wir auf diesem Weg, durch die Hintertüre, in den Genuss der Vorteile des EWR gelangen, ohne eben auch Nachteile, eventuell schmerzende Nachteile auf uns nehmen zu müssen. Mit anderen Worten: Es wird uns nichts geschenkt werden; unseren wichtigen Anliegen werden knallharte Gegenforderungen der EG gegenübergestellt werden. EG heisst hier nicht irgend eine weltfremde zentralistische Bürokratie, sondern der Verbund von Mitgliedstaaten mit ihren Interessen. Es bestätigt sich somit, dass uns ein langwieriger und nicht einfacher Verhandlungsprozess bevorsteht.

- Als zweite Option nannte der Bundesrat einen späteren Beitritt zum EWR. Die ständige Weiterentwicklung des EWR hat zur Folge, dass Neuverhandlungen - evtl. verbunden mit gewissen Konzessionen - notwendig wären, allerdings nicht in für uns vitalen Bereichen. Eine erneute Volksabstimmung über den EWR würde zwar somit nicht denselben Inhalt haben, wäre theoretisch aber schon in naher Zukunft möglich. Doch erscheint das Schicksal des EWR selbst angesichts der eingereichten Beitritts Gesuche des Gros der EFTA-Länder vorläufig ungewiss. Die EWR-Option bleibt insofern eine echte Option, als zu einem späteren Zeitpunkt eine diesbezügliche zweite Abstimmung durchgeführt werden kann. Ich bin freilich, als überzeugter Anhänger der europäischen Integration, nicht der Meinung, dass es klug wäre, in kurzer Zeit in zweites Mal über den EWR abzustimmen.
- Die dritte Option schliesslich - der Beitritt zur EG - soll im Sinne einer langfristigen Strategie beibehalten werden. Ein Rückzug des Beitritts gesuchs wird daher abgelehnt. Da die innenpolitischen Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen noch nicht gegeben seien, wurde das Gesuch gleichsam aufs Eis gelegt.

Wenn hier von "Optionen" die Rede ist, dürfen allerdings keine falschen Hoffnungen geweckt werden: Es handelt sich zum einen nicht um gleichwertige Lösungswege; die politische Realität wie die europäische Entwicklung setzt der Durchführbarkeit einen engen Rahmen. Es besteht auch keine echte Freiheit in der Wahl der Option. Eine erneute EWR-Vorlage beispielsweise kann erst dann einen Sinn haben, wenn die innenpolitischen Voraussetzungen dazu gegeben sind (ein zweites Nein hätte nämlich auf Jahre hinaus eine weitgehende Blockierung in der Integrationspolitik zur Folge) und sofern bis dann noch ein für uns attraktiver EWR besteht.

Der Beschluss, bilaterale Vertragsverhandlungen aufzunehmen, stellt im übrigen entgegen der Auffassung des Bundesrates keine Option dar, sondern eine der unmittelbaren operationellen Handlungsnotwendigkeiten, bei denen es nichts offenzuhalten, sondern nur das Beste zu tun und zu hoffen gibt. Als eigentliche Optionen bleiben nur ein möglicher späterer

EWR-Beitritt und der EG-Beitritt übrig. - Ich persönlich bedaure, dass sich der Bundesrat nicht deutlicher für einen EG-Beitritt als Ziel und einen allfälligen Beitritt zum EWR als weiterhin mögliche Zwischenlösung ausgesprochen hat. Wobei man durchaus geteilter Meinung sein kann, in welchem Zeithorizont dieses Ziel zu erreichen ist.

Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich aber auch in der Innenpolitik: Die Liberalisierungsbestrebungen, welche der EWR automatisch mit sich gebracht hätte, sind auch abgelehnt worden. Die Schweiz steht jetzt vor der schwierigen Aufgabe, selbständig und ohne Druck von aussen eine "marktwirtschaftliche Erneuerung" durchzuführen. Nur durch eine ordnungspolitische Neuausrichtung, durch die Schaffung besserer Wettbewerbsverhältnisse, durch Deregulierungsstrategien kann die Standortqualität unseres Landes verbessert werden. Es gilt nun für die Schweiz, durch mehr Wettbewerb im Innern, auch durch die Vollendung eines "freien Binnenmarktes Schweiz" und durch massive Sparanstrengungen aller öffentlichen Hände die Rahmenbedingungen zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu erhöhen.

* * *

Die schweizerische Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik besteht aber nicht nur aus der Europapolitik. Weitere Herausforderungen kann ich hier nur in Stichworten andeuten.

Eine grosse Aufgabe steht uns einmal bei der Neuformulierung unserer Aussenpolitik und deren Verankerung im Volk bevor. Die lange und erfolgreiche "Story" unserer hauptsächlich auf Neutralität und Aussenwirtschaftspolitik beschränkten Aussenbeziehungen hat dazu geführt, dass wir ein aussenpolitisch eher "unterentwickeltes Volk" sind. Neuere Ausrichtungen finden nur wenig und zögerndes Verständnis. Wir brauchen deshalb dringend ein neues Konzept, eine Neuorientierung unserer Aussenpolitik. Der angekündigte Bericht des Bundesrates über die schweizerische Aussenpolitik wird Gelegenheit bieten, ausführlich über diese Neuausrichtung zu diskutieren.

Sodann ist das bisherige Engagement der Schweiz im Rahmen der Entwicklungspolitik zu konsolidieren. Mit der Unterstützung des Reformprozesses in Osteuropa hat die Schweiz beispielsweise ein Zeichen für die Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung gesetzt. In den Bereichen der Finanzhilfe und der technischen Zusammenarbeit wird wertvolle, aber noch ausbaufähige Hilfe geleistet.

Wir brauchen drittens einen offenen Dialog über eine neue Sicherheits- und Neutralitätspolitik. Unsere Neutralität hat uns lange Zeit als ausgezeichnete Maxime gedient und mitgeholfen, unsere Unabhängigkeit zu wahren. Neutralität heisst Nichtbeteiligung an bewaffneten

Konflikten zwischen zwei Staaten. Für uns hiess dies, Abseitsstehen in einem kriegsgeschüttelten Europa und Bereitschaft, mit guten Diensten dem Friedensprozess zu dienen. Heute sind aber viele Voraussetzungen unserer Neutralität weggefallen. Diese wird im Ausland auch kaum mehr verstanden und zunehmend als Zeichen mangelnder Solidarität interpretiert. Mit dem Friedensengagement der UNO, mit der europäischen Integration und der Auflösung des sowjetischen Imperiums müssen wir uns fragen, zwischen welchen Ländern wir eigentlich noch neutral sein wollen. Gegenüber der UNO und deren Sanktionen gibt es ohnehin keine völkerrechtlich anerkannte Neutralität. Und unsere guten Dienste sind nicht mehr an die Neutralität gebunden.

Auf der anderen Seite ist die Neutralität tief im Bewusstsein unseres Volkes verankert, so dass es auch hier darum gehen muss, über ihren Stellenwert vorurteilsfrei zu diskutieren. Sinnvollerweise ist sie vorerst auf den militärischen Kerngehalt zu reduzieren, um Spielraum für das aussen- und sicherheitspolitische Handeln zu gewinnen.

Es drängt sich viertens m.E. auch eine Neudiskussion des UNO-Beitritts auf. Wir sind gegenwärtig neben dem Vatikan das einzige Land der Welt, das nicht Mitglied ist. Parallel zur Europapolitik hat eine Aktivierung der Aussenpolitik im universellen Rahmen zu erfolgen. Deshalb habe ich vorgestern eine entsprechende Motion im Ständerat eingereicht, die von 26 Ratskolleginnen und Ratskollegen unterzeichnet worden ist. Dabei geht es mir nicht um eine rasch angesetzte Volksabstimmung, sondern um den Dialog im Hinblick auf einen neuen Entscheid des Volkes in einigen Jahren.

Von grosser Bedeutung für unser Land ist sodann fünftens ein erfolgreicher Abschluss der Uruguay-Runde des GATT. Wir müssen uns darauf vorbereiten, für die Landwirtschaft überzeugende Ausgleichsmassnahmen zu treffen und für deren Annahme in der Volksabstimmung einsetzen.

Einer besseren Lösung bedarf schliesslich das Problem der grenzüberschreitenden, regionalen Zusammenarbeit durch die Kantone. Schon heute bestehen regionalpolitische Strukturen zur Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Verkehr, Umwelt, Submissionswesen, Bildung und Kultur. Dies gilt nicht nur für unsere Region, sondern auch für die Grenzräume Bodensee, Genfersee und Jura. Eine Weiterführung soll aber nicht zu einer Aufsplitterung der Integrationspolitik führen, sondern die Ausschöpfung der bundesrechtlich zulässiger Handlungsspielräume ermöglichen.

* * *

Die Schweiz wird in der nächsten Zeit stark gefordert sein. Sie ist in vielen Belangen reformbedürftig. Sie muss an der Aussen- wie an der Innenfront dafür kämpfen, dass sie im umfassenden Sinn "wettbewerbsfähig" bleibt oder wieder wird. Entscheidend erweist sich dabei, dass wir die Kraft und den Mut aufbringen, den frischen Wind des Wettbewerbs zu akzeptieren, unsere wohlstandsgeprägte Versicherungsmentalität zu verlassen, den gegenwärtigen Realitäten ins Auge zu blicken, alte Mythen aufzubrechen und neuen zukunftsweisenden Lösungen samt ihren Risiken den Weg zu ebnen.

Ich glaube an die Schweiz und unser Volk. Ich glaube an den Wandel der Schweiz, an ihre und unsere Lernbereitschaft, unseren Leistungswillen, unsere Fähigkeit, die Zukunft nicht zu erleiden, sondern aktiv mitzugestalten. So wie Sie das, verehrte Damen und Herren des Instituts Straumann, in Ihrer Tätigkeit mit Erfolg bewiesen haben.